

*An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
LAbg. Mag. Astrid Eisenkopf
Landhaus
7000 Eisenstadt*

2100-0167

Eisenstadt, am 26. Juni 2025

SELBSTÄNDIGER ANTRAG

der Landtagsabgeordneten KO Ing. Norbert Hofer, Christian Ries, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Neuverteilung der Ertragsanteile des Bundes“

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Neuverteilung der Ertragsanteile des Bundes“

Die aktuelle Verteilung der Steuermittel im Rahmen des Bundesfinanzausgleichs benachteiligt das Burgenland systematisch, insbesondere auf kommunaler Ebene. Während Großstädte wie Wien überproportionale Transfers erhalten und Sozialleistungen in einem kaum nachvollziehbaren Ausmaß gewähren können – mit monatlichen Transferleistungen von bis zu 9.000 Euro für eine Familie – stehen die burgenländischen Gemeinden mit dem Rücken zur Wand.

Sie sind mit stetig wachsenden Aufgaben konfrontiert: von der Kinderbetreuung über Pflegeleistungen bis hin zur kommunalen Infrastruktur. Angesichts steigender Kosten und wachsender Anforderungen reichen die zur Verfügung stehenden Mittel bei weitem nicht mehr aus. Viele Gemeinden sehen sich gezwungen, Leistungen einzuschränken oder sogar Personal abzubauen. Das ist weder den Bürgerinnen und Bürgern noch der regionalen Entwicklung zumutbar.

Die derzeitige Aufteilung der Ertragsanteile mit 54 Prozent für den Bund, 30 Prozent für die Länder und lediglich 16 Prozent für die Gemeinden wird den tatsächlichen Anforderungen nicht gerecht und gehört dringend reformiert.

Besonders kritisch ist der abgestufte Bevölkerungsschlüssel zu beurteilen, der in seiner aktuellen Form nicht zeitgemäß ist. Zwar wurden in der Vergangenheit punktuelle Anpassungen vorgenommen, doch diese reichen bei weitem nicht aus. Kleine Gemeinden mit geringer Siedlungsdichte haben deutlich höhere Pro-Kopf-Ausgaben, insbesondere bei der Aufrechterhaltung technischer Infrastruktur wie Wasser-, Abwasser- und Straßennetze, aber auch im öffentlichen Verkehr und bei der Müllentsorgung. Es ist daher unbedingt erforderlich, diesen Schlüssel grundlegend zu überarbeiten und die reale Kostenstruktur im ländlichen Raum abzubilden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass Länder und Gemeinden im Rahmen des Verteilerschlüssels im Bundesfinanzausgleich besser berücksichtigt werden und in diesem Zusammenhang auch das Modell des abgestuften Bevölkerungsschlüssels zugunsten des ruralen Raums einer Reform unterzogen wird.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses zuzuweisen.